



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 18/25379

Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft energisch voranbringen – Standort Deutschland wettbewerbsfähig halten

Der Landtag stellt fest, dass es weiterhin umfangreicher Maßnahmen zur Stärkung der bayerischen Wasserstoffwirtschaft bedarf. Neben den umfangreichen und bundesweit einzigartigen Aktivitäten auf bayerischer Ebene ist nun auch entschlossenes Handeln seitens des Bundes notwendig. Dies ist erforderlich, um die internationale Konkurrenzfähigkeit des Standorts Deutschland in Bezug auf die Wasserstoffwirtschaft zu sichern. Damit wird auch ein Beitrag zur Versorgung mit nachhaltiger, bezahlbarer und zuverlässig verfügbarer Energie in ganz Deutschland geleistet.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich gegenüber dem Bund weiterhin dafür einzusetzen, dass dieser die notwendigen Schritte für eine umfangreiche und unverzügliche Stärkung der nationalen Wasserstoffwirtschaft ergreift.

Hierzu gehören insbesondere

- die im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) angekündigten Verordnungen zur Ausschreibung von Spitzenlast-Wasserstoffkraftwerken und innovativen Konzepte mit wasserstoffbasierter Stromspeicherung unverzüglich zu erlassen,
- unverzüglich den regulatorischen Rahmen für den Wasserstoffimport über Pipelines aus dem Ausland für die im EEG angekündigten Ausschreibungen von Spitzenlast-Wasserstoffkraftwerken zu schaffen,
- die Bundes-Immissionsschutzverordnung (BImSchV) unverzüglich um Regelungen zur Anrechnung von grünem Wasserstoff für in den Verkehr gebrachte Kraftstoffe zu erweitern und damit die Beschlüsse zum § 37a Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) des deutschen Bundestages vom Mai 2021 umzusetzen,
- eine bundesweite Koordinierungsstelle für alle Akteure im Bereich Wasserstoff nach dem Vorbild des Zentrums Wasserstoff.Bayern – H2.B einzurichten, um die Zusammenarbeit aller Akteure in diesem wichtigen Zukunftsfeld zu stärken,
- die Umwidmung von Erdgaspipelines hin zu Wasserstoffpipelines zu ermöglichen bzw. zu erleichtern, indem der regulatorische Rahmen dahingehend angepasst

wird. Derzeit zielen EU-Vorgaben darauf ab, dass die jetzigen Betreiber der Erdgaspipelines künftig nicht die Wasserstoffpipelines betreiben dürfen. Dies erschwert das Hochfahren der Wasserstoffwirtschaft in Deutschland und Europa.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident